



Das „kleinere Übel“ oder – Jill Stein?

Von Ulrike Simon | 23.10.2024

Trump und Harris spalten die Nation. Doch Jill Stein von der Green Party bietet für enttäuschte Demokraten eine Alternative – mit einer deutlichen Position zum Nahostpolitik. Sie könnte das Zünglein an der Waage sein.

Der Präsidentschaftswahlkampf befindet sich in der heißen Phase. Heißt der nächste US-Präsident wieder Donald Trump oder wird Kamala Harris als erste (noch dazu schwarze) Frau ins Weiße Haus einziehen? Die amerikanische Gesellschaft ist polarisiert. Dass Trumps Chancen gut stehen, Harris zu besiegen, weckt bei vielen Wählerinnen und Wählern der Demokraten große Befürchtungen und Unsicherheit: Was ist das für eine Gesellschaft, in der ein Lügner, Frauenverächter und Faschist wie Trump Präsident werden kann? Die Trump-Unterstützer, hingegen vertrauen den Demokraten nicht, die in ihren Augen die „kleinen Leute“ vergessen haben. Sie setzen auf den – ihnen nicht unbedingt sympathischen – Außenseiter. Als den „weltbesten Bandenchef“

[bezeichnet ihn ein junger Mann](#); nur so einer könne gegen ein festgefahrenes System ankommen.

Das allgemeine Unbehagen könnte tiefere Ursachen haben. In seinem Buch *Has China Won - The Chinese Challenge to American Primacy?* schreibt der ehemalige Präsident des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Kishore Mahbubani unter Berufung auf mehrere US-Studien, das die amerikanische Demokratie heute eher einer Plutokratie gleiche:

„Und doch ist Amerika unter dem Deckmantel einer funktionierenden Demokratie mit all ihren Wahlritualen zu einer Gesellschaft geworden, die von einer Geldaristokratie geführt wird, (...). Die Entscheidungen des US-Kongresses werden nicht von den Wählern, sondern von den Geldgebern bestimmt.“

Tatsächlich war es der [Druck der Geldgeber](#) der demokratischen Partei, die Biden zum Verzicht auf eine weitere Kandidatur bewegten. Ihnen hat die Vize-Präsidentin – die in den demokratischen Vorwahlen von 2020 unbeliebteste Kandidatin – also zu verdanken, dass sie nun die Chance hat, Präsidentin zu werden.

Und Donald Trump [berichtet völlig ungeniert](#) darüber, dass seine Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt und der besetzten (eigentlich syrischen) Golan-Höhen als Teil des Staatsgebiets Israels auf Wunsch seines wichtigsten – inzwischen verstorbenen – Geldgebers Sheldon Adelson und dessen Ehefrau geschehen sei.

Nahost-Konflikt: 33 Prozent der Muslime würden eine „Third Party“ wählen

Das Thema Israel ist im US-Wahlkampf durchaus bedeutend. Einer im September veröffentlichten [Umfrage](#) zufolge stufen es 48 Prozent der Wähler als sehr bis teilweise wichtig ein. Mit Ausnahme der Republikaner, der Über-65-Jährigen und der Evangelikalen sind in allen anderen Wählergruppen (Gesamt; 18-34; Demokraten; Unabhängige; Weiße; Nicht-Weiße) jeweils die meisten Befragten der Meinung, dass Israel im Gazastreifen zu viel Gewalt angewendet hat. Sie wünschen einen sofortigen Waffenstillstand und lehnen eine

uneingeschränkte finanzielle und militärische Unterstützung Israels ab, wenn es weiterhin das Leben von Zivilisten so extrem gefährde wie bisher.

Die Biden-Administration ruft Präsident Benjamin Netanjahu zur Mäßigung auf und verweist auf Erfolge ihrer diplomatischen Aktivitäten in der Region. Gleichzeitig argumentiert sie, dass man den souveränen Staat Israel nur beraten, nicht jedoch kontrollieren könne. Nicht nur der britische Wirtschaftshistoriker [Adam Tooze bezweifelt](#) diese Darstellung. Schließlich liefert Bidens Regierung weiter ohne Einschränkungen die zur Kriegführung nötigen Waffen, zuletzt das sehr teure Raketenabwehrsystem THAAD samt Personal. [1] Tooze argumentiert, dass Biden praktisch Trumps Israel-Politik fortgesetzt hat, und fragt:

„Was wäre, wenn Schlüsselfiguren in der Regierung dies tatsächlich als einen geschichtsbestimmenden Moment und eine Gelegenheit sehen, das Machtgleichgewicht auf der Welt neu zu gestalten?“

Tooze vermutet, dass es in den USA mächtige Stimmen gibt, die die Konfrontation zwischen Israel und dem Iran als Chance sehen. Stimmt das, macht es zumindest in dieser Frage keinen Unterschied, welchen Kandidaten man wählt; es gäbe einen parteiübergreifenden Konsens, durch eine Strategie der Spannung in Nahost die bedrohte amerikanische Hegemonie zu sichern. [2] Das könnte auch erklären, warum Harris die Unterstützung ihrer Kandidatur durch den Republikaner Dick Cheney als Ehre empfindet. Der [Architekt der Kriege](#) in Afghanistan und im Irak, zudem Befürworter der Folter-Methoden unter George W. Bush jr., war lange Zeit ein rotes Tuch für die demokratischen Wähler.

Was ihre Israel-Politik betrifft, lässt Harris keinerlei Abweichung von Bidens bisheriger Linie erkennen. Das zumindest legte ihr [60-Minutes-Interview](#) sowie ihre [Stellungnahme](#) zum iranischen Vergeltungsschlag für Israels Tötung des Hamas-Führers Ismael Haniyeh auf iranischem Staatsgebiet nahe.

Damit verschenkt sie Stimmen – Stimmen, die vielleicht wahlentscheidend sein könnten. Der oben genannten Umfrage zufolge könnte Harris nämlich bei einer anderen Israelpolitik ihre Zustimmungsraten deutlich erhöhen (übrigens würde demnach auch Trump dadurch eher Stimmen gewinnen als verlieren). Denn für große Teile der amerikanischen Jugend [3] – insbesondere für die afro-amerikanischen und arabisch-stämmigen Muslims (insgesamt 0,7 Prozent der Bevölkerung) – ist ihre vorbehaltlose Unterstützung Israels der Grund, warum sie

Harris nicht wählen können. Sie ziehen Parallelen zwischen der Situation der Palästinenser und dem Schicksal der indigenen und afrikanisch-stämmigen amerikanischen Bevölkerung. [Nach neuesten Umfragen](#) haben sich etwa 33 Prozent der Muslime zur Wahl einer „Third Party“ entschieden, davon 29 Prozent für Jill Stein von der *Green Party*. 29 Prozent würden Harris wählen, 16 Prozent sind noch unentschieden und nur 11 Prozent unterstützen Trump.

„Die Demokraten haben die Stimmen der Muslime verloren“, [sagt der afro-amerikanische Muslim Butch Ware](#), Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Jüdin Jill Stein. Ware spricht von einem „Genozid“ am „drittheiligsten Ort des Islam“.

Jill Stein tritt als Präsidentschaftskandidatin der *Green Party* nun schon zum zweiten Mal für eine *Third Party* an. Als scharfe Kritikerin der amerikanischen Israelpolitik vertritt sie außerdem eine weitere, durchaus wichtige Minderheit, nämlich die 30 Prozent der amerikanischen Juden (insgesamt zwei Prozent der Bevölkerung) – überwiegend [Stammwähler der Demokraten](#) –, die das, was in Gaza geschieht, laut der [Umfrage](#) eines israelischen Instituts ebenfalls für Völkermord halten.

Jill Stein: Green Deal mit einer Prise MMT

Obwohl in den Medien wenig darüber berichtet wird, gibt es in den USA eine lange Tradition von Graswurzelbewegungen, in denen sich diejenigen organisieren, die sich nicht von der herrschenden Politik vertreten fühlen. Dazu gehören Kampagnen zu Präsidentschafts-, Senats- oder Kongresswahlen, die nicht von reichen Geldgebern, sondern durch zahlreiche Spenden engagierter Unterstützer finanziert werden. In dieser Tradition sieht sich auch die *Green Party*, die keine Spenden von Unternehmen oder politischen Aktionskomitees (PACs) annimmt und seit 1996 bei den Präsidentschaftswahlen antritt. Die Hürden für die Aufnahme auf die Stimmzettel sind hoch. In jedem Bundesstaat müssen gesonderte Anträge gestellt werden. Gerade in den Swing States schöpfen die etablierten Parteien noch dazu alle rechtlichen Mittel aus, um solche [Kandidaturen zu verhindern](#). Das war einer der Gründe dafür, dass ein weiterer unabhängiger Präsidentschaftskandidat, John F. Kennedy jr., aus dem Rennen ausstieg und ins Trump-Lager wechselte.

Innenpolitisch steht Jill Stein für [sozial-demokratische Forderungen](#), tritt für ein öffentliches System der Gesundheitsversorgung oder für sozialen Wohnungsbau

ein. Außerdem befürwortet sie einen *Green New Deal*. Ihre Berater, die Ökonomen Michael Hudson und Radhika Desai, halten das alles mit Verweis auf die *Modern Monetary Theory* für finanzierbar. Damit unterscheidet sich Steins Programm nicht wesentlich von dem Bernie Sanders, der zweimal den Versuch unternahm, mit von unten finanzierten Kampagnen Präsidentschaftskandidat der Demokraten zu werden. Nicht wenige vermuten, dass er 2016 bessere Chancen gegen Trump gehabt hätte als die Gewinnerin der Vorwahlen Hillary Clinton.

Die Demokraten setzten, trotz ihrer Wahlsprechen etwa zum Mindestlohn oder Schuldenerlasse für Studiendarlehen – nur wenig davon um. Harris` Wahlversprechen dazu [bleiben vage](#). Diese Enttäuschung bewegt viele demokratische Stammwähler dazu, entweder gar nicht zu wählen oder aber Jill Stein. Andere haben sich Trump zugewandt, der das Wohnungsproblem mit der Ausweisung illegaler Immigranten lösen und die Reindustrialisierung der USA über Tarife und die Stärkung der fossilen Industrien vorantreiben will. Mit J.D. Vance hat er einen Partner gewählt, der mit seiner Herkunft aus einfachen Verhältnissen punktet und die Arbeiterschaft anspricht. [Im Gegensatz zu Harris](#) mit einigem Erfolg. So haben viele Gewerkschaften sich dieses Mal nicht für die Wahl der demokratischen Partei ausgesprochen, was einer Unterstützung Trumps gleichkommt. Dass Biden durch ein staatliches Verdikt im Sinne des Bahnmanagements einen großen Eisenbahnerstreik verhinderte, haben sie nicht vergessen.

Was die gesamtwirtschaftliche Lage betrifft, kann der amtierende Präsident mit *Bidenomics* durchaus Erfolge vorweisen – etwa niedrige Arbeitslosenzahlen und eine eingedämmte Inflationsrate. Trotzdem bewerten seine Ökonomen die Lage [deutlich anders](#) als die weniger Betuchten, die nach wie vor über zu hohe Lebenshaltungs- und Wohnungskosten klagen. Ein Grund dafür könnte das [Phänomen der cheapflation](#) sein, nach dem die Preise im unteren Preissegment im Verhältnis deutlicher anstiegen als die im oberen.

Mit Butch Ware hat auch die Akademikerin Jill Stein einen Partner gewählt, der sich aus ärmsten Verhältnissen zum Professor hochgearbeitet hat, und deswegen glaubwürdig die „kleinen Leute“ vertreten kann, für deren Sorgen und Nöte die demokratische Partei keine Antennen mehr zu besitzen scheint. „The forgotten men and women“ fühlen sich, besonders in Katastrophensituationen, von „ihren“ Politikern im Stich gelassen.[\[4\]](#)

Angesichts der verheerenden Schäden durch die Hurrikans Helene und Milton häufen sich in den sozialen Medien die Zahlenvergleiche: Häufig ist von Immigranten die Rede, die vermeintlich problemlos eine gut gefüllte Geldkarte erhalten, während die Opfer der Hurrikans lange auf Rettung warten mussten, nach dem Verlust ihrer Häuser vor dem Nichts stehen und nur unter großen Hürden die versprochenen staatlichen 750 Dollar Soforthilfe bekommen.

Aber immer wieder werden auch die „endlose Kriege“, insbesondere der Ukraine-Krieg, infrage gestellt, für die Milliarden von Dollar zur Verfügung stehen, während die unterstützungsbedürftigen Menschen im eigenen Land leer ausgehen. Dass Trump illegale Immigranten pauschal als Sündenböcke abstempelt und den Ukraine-Krieg nach seiner Wahl sofort zu beenden verspricht, kommt insofern bei vielen Amerikanern gut an. Wer zur Immigrationspolitik eine differenziertere Haltung hat, wird sich eher für Stein entscheiden, die wiederum im Gegensatz zur Biden-Administration und Harris eine schnelle diplomatische Lösung des Krieges fordert.

Stein und Ware sehen in den Swing States reale Chancen auf Wahlmänner-Stimmen. Da sie bei den US-Wahlen aber keine entscheidende Rolle spielen^[5], wird ihr wirklicher Erfolg eher daran gemessen, wie sie bei ihrer Klientel die Hoffnung auf eine alternative Politik aufrechterhalten und entsprechende soziale Bewegungen stärken. Dazu wären die staatlichen Fördergelder, die der Partei bei einem Stimmenanteil von mindestens fünf Prozent zustehen, ein willkommener Beitrag. Butch Wares Engagement wird sicherlich nicht am 5. November enden.

[1] Frage bei der täglichen Pressekonferenz des Außenministeriums: [...] *But, you know, it doesn't matter what the actual figure is, we give them a lot of money, we give them a great deal of leverage, you know, we give them obviously a great deal of political coverage in the U.N. and many other places and so on. And to suggest that this huge and lengthy partnership really does not exact any kind of leverage with the Israelis – don't you question that?* Antwort des Sprechers Matt Miller: *That's not what I said. The thing that I said is that we're a sovereign country with our interests, they're a sovereign country with their interests.*

[2] Ein Kommentator drückt seine Gedanken dazu so aus: *„Both support the crackpot notion that the US must be the unchallengeable unchangeable hegemon ... forever. This is simply foolish, stupid, and unrealistic. This is not 1945 or 1960 or even 1990. I look at them and from my point of view cannot determine which might be the greater evil.“*

[3] Das autobiographische Buch *Between The World And Me* des afroamerikanischen Schriftstellers und Essayisten Ta-Nehisi Coates wurde im Jahr 2015 zum New York Times-Bestseller und zur Pflichtlektüre in zahlreichen verpflichtenden DEI (*Diversity, Equity and Inclusion*) Kursen am Arbeitsplatz, die nach den Aufständen wegen der Ermordung von George Floyd durch einen Polizisten im Jahr 2020, von vielen Arbeitgebern eingeführt wurden. Der Autor schockierte vor kurzem im Interview seinen jüdischen Gastgeber durch seine [Aussage über die Verhältnisse in Israel](#): „*Apartheid is either right, or it is wrong.*“ Ob den Palästinensern ein Fehlverhalten zuzuschreiben sei, und, wenn ja, welches, habe damit nichts zu tun.

[4] Butch Ware setzt sich seit über 20 Jahren [als Aktivist](#) für die Rechte der Afroamerikaner ein. J.P. Vance ist Verfasser des Bestsellers *Hillbilly-Elegie*, der aus der Sicht eines Betroffenen schilderte, warum so viele weiße Amerikaner aus der Arbeiterschicht Donald Trump wählten. Gleichzeitig ist er Protegé des deutschstämmigen Tech-Investors und Milliardärs Peter Thiel, dem Frontmann eines dicht geknüpften Netzes aus rechten Tech-Investoren, die Trump für ihre Interessen einspannen wollen.

[5] Natürlich wird ihnen im Zweifelsfall vorgeworfen werden, dass sie durch ihre Kandidatur den Demokraten Stimmen entzogen haben, die einen eventuellen Wahlsieg von Trump hätten verhindern können. Dass diese Green-Party-Wähler vermutlich sonst Nicht-Wähler gewesen wären, wird dabei vergessen.